



Arbeiterwohlfahrt  
Landesverband  
Bayern e.V.



**BUND**  
Naturschutz  
in Bayern e.V.

## **Sozial-ökologische Wende – JETZT**

Für eine echte wirtschaftliche, ökologische und soziale Reform nach der Corona-Krise

### **Bayern nach der Krise – unser Auftrag**

In den letzten Wochen haben die Bewältigung der Gesundheitskrise aufgrund der COVID-19-Pandemie und die Notfallmedizin völlig zurecht das Handeln bestimmt. Jetzt müssen wir in den Blick nehmen, wie wir unsere Gesellschaft, unsere Welt, letztlich unsere Zukunft nach und mit den Erfahrungen von Corona gestalten wollen. Denn wichtige Weichen dafür werden jetzt gestellt.

### **Die Corona-Krise als Symptom**

Man reibt sich schon verwundert die Augen, mit welchen Maßnahmen auf die Krise von Seiten der bayerischen Staatsregierung und der Bundesregierung reagiert wurde. Maßnahmen, die ihre Berechtigung hatten, aber die vor wenigen Wochen noch völlig unmöglich und unzumutbar schienen. Bei COVID-19 wurden auch hohe wirtschaftliche Einbußen in Kauf genommen, um Leben und Gesundheit zu schützen.

Warum handeln die Regierungen nicht ebenso entschlossen zur Lösung anderer Krisen?

- Beispiel Klimawandel: Der Hitzesommer von 2018 forderte circa Zehntausend Hitzetote in Deutschland – vor allem ältere Menschen mit Vorerkrankungen -, aber ein Tempolimit auf Autobahnen wird von der CSU oder der FDP als Verbotspolitik diffamiert.
- In Deutschland können im Jahr 2018 80.000 vorzeitige Todesfälle auf die Ursache „Luftverschmutzung“ vor allem aus Dieselruß, Kerosin- und Kohleverbrennung zurückgeführt werden, aber Verbände, die auf Grundlage der EU-Feinstaubrichtlinie Recht und Gesetz einklagen, was dann zu Dieselfahrverboten in Städten führt, wurden als Staatsfeinde bezeichnet.
- In Deutschland sind für das Jahr 2016 über 4.000 vorzeitige Todesfälle alleine auf die Emissionen aus Kohlekraftwerken zurückzuführen, aber ein Kohleausstiegsgesetz wird trotz eines gesellschaftlichen Konsenses in einer aufwändigen Kommission seit Monaten verschleppt und verwässert.



Arbeiterwohlfahrt  
Landesverband  
Bayern e.V.



Wir müssen die Klimakrise und den Schwund natürlicher Ökosysteme ebenso ernst nehmen wie die Covid-19-Pandemie, denn es gibt gemeinsame Ursachen und Wechselwirkungen zwischen diesen drei Krisen. Vor allem bedrohen alle drei Krisen unsere Gesundheit und das Leben der Menschheit.

Die Krise zeigt in schonungsloser Deutlichkeit den Zusammenhang der ausbeuterischen Wirkungen der Strukturen unseres Wirtschaftssystems auf Mensch und Natur: In den Massenunterkünften der arbeitsvertraglich unterprivilegierten Beschäftigten in den Massenschlachthöfen entwickeln sich geradezu zwangsläufig Hotspots von Infektionsausbrüchen.

Die Corona-Krise wird damit zum Symptom auch für die sozialen gesellschaftlichen Schieflagen in Bayern. Die vielbeschworene staatliche Schutzpflicht für die Gesundheit wurde nicht allen gegenüber mit gleichem Nachdruck wahrgenommen. Ein weiteres Beispiel: über Wochen wurde das enorme Corona-Gefährdungspotentials der Gemeinschaftsunterkünfte für Asylsuchende geleugnet und dezentrale Unterbringungen nicht eingeleitet.

Der BUND Naturschutz und die Arbeiterwohlfahrt in Bayern fordern daher gemeinsam, wirtschaftliche Aktivitäten zu stoppen, die weltweit für Hunger, Krankheiten und Tote ursächlich sind und auf Raubbau an der Natur wie Ausbeutung der Ärmsten der Armen basieren. Sei es durch den Einsatz krankmachender Pestizide, Luftverschmutzung durch das Verbrennen von Öl und Kohle oder radioaktive Emissionen. Sie fordern weiter, dass der Weg aus der Corona-Krise durch echte und tiefgreifende wirtschaftliche, ökologische und soziale Reformen gegangen wird.

### **BUND Naturschutz und AWO fordern die sozial-ökologische Wende – Jetzt!**

Wir brauchen eine ökologischere und sozial gerechtere Wirtschaftsweise.

Wir müssen das hyper-globalisierte, auf Konkurrenz und Profitmaximierung gepolte Wirtschaftssystem hinter uns lassen, das den Klimawandel vorantreibt, Arten zum Aussterben bringt und lebensbedrohliche Krankheiten verbreitet. Die Wiederentdeckung lokaler Räume als Orte des Geschehens schafft die Möglichkeit für das Gedeihen verschiedener Lebensweisen, verschiedener Kulturen und verschiedener lokaler Lebensökonomien.

Wir müssen von der Ökonomie der Gier und des grenzenlosen Wachstums, des Wettbewerbs und der Gewalt, die uns in eine existenzielle Krise getrieben hat, zu einer „Ökonomie der Fürsorge“ und Gemeinwohl-Orientierung übergehen - für die Erde, für die Menschen und für alle lebenden Arten. Wir müssen unseren ökologischen Fußabdruck verkleinern, um einen gerechten Anteil des vorhandenen ökologischen Raums für andere Völker und für andere Arten übrig zu lassen.



## **BUND Naturschutz und AWO warnen vor falschen Weichenstellungen**

Alle bisherigen relevanten Äußerungen der Staatsregierung zu den Maßnahmen aus und nach der Krise zeigen, dass wieder auf eine weitestgehend angebotsorientierte, wirtschafts- und sogar oft branchenfixierte Vorgehensweise gesetzt werden soll.

So spricht Ministerpräsident Dr. Söder von einer sofortigen Senkung des Solidarbeitrages für alle. Neben die vorübergehende Senkung der Umsatzsteuer soll eine Unternehmenssteuerreform treten. Maßgebende politische Kreise lehnen eine stärkere finanzielle Beteiligung selbst sehr und äußerst Vermögender an der Krisenbewältigung von vornherein ab. Steigerungen der privaten Kaufkraft werden in keiner Weise unter Aspekten der ökologischen Nachhaltigkeit, des sozialen Ausgleichs oder der Existenzsicherung diskutiert, sondern nur in Form der Absatzunterstützung bestimmter Branchen (Automobilwirtschaft, Luftfahrt, Tourismusindustrie). Gewünschte Lockerungen der Ladenöffnungszeiten und eine Ausweitung der Öffnungsmöglichkeiten an Sonntagen führten zu einer weiteren Belastung der Beschäftigten.

Gegenüber diesen rein wirtschaftsbezogenen Ansätzen einer „Krisenbewältigung“ müssen die Interessen der breiten Schichten der Bevölkerung vertreten werden. Es gilt, einseitige Belastungen im Bereich Arbeit, Miete und Rente abzuwehren. Corona verschärft sonst alte Armutsrisiken und bringt neue hervor. Ebenso müssen Klima- und Biodiversitätsschutz in die Programme eingebracht werden, um mit den Konjunkturstützungen nicht die Klima- und Biodiversitäts-Krise zu verstärken, sondern im Gegenteil zu ihrer Lösung mitbeizutragen.

Die angekündigten Corona-Konjunkturprogramme müssen daher als Chance für einen sozial-ökologischen Umbau aller Wirtschaftsbereiche hin zu mehr Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Krisenfestigkeit genutzt werden. Das Steuersystem muss gerechter und nachhaltiger werden, die sich jetzt als unheilvoll erweisenden Defizite in Pflege und im Gesundheitssystem müssen überwunden werden, umweltschädliche Subventionen sind abzubauen und für Investitionen in ökologisch und soziale Nachhaltigkeit zu verwenden.

Gerade die Klimakrise wird von Jahr zu Jahr auch bei uns spürbarer. Nach dem Ausfall des letzten Winters erleben wir derzeit eine besorgniserregende Frühjahrstrockenheit. Deshalb fordern wir von Staatsregierung und Landtagspolitik endlich entschiedenes Handeln für den Klimaschutz, für Energieeinsparung und ein Bayern, dass sich zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien versorgt.

Auch die Nationale Akademie der Wissenschaften – Leopoldina, ein unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung, stellt fest: „Angesichts der tiefen Spuren, welche die Coronavirus-Krise hinterlassen wird, vor allem aber wegen der mindestens ebenso bedrohlichen Klima- und Biodiversitäts-Krise kann es nicht einfach eine Wiederherstellung des vorherigen Status geben. (...) Politische Maßnahmen sollten sich auf nationaler wie internationaler Ebene an den Prinzipien von ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit, Zukunftsverträglichkeit und Resilienzgewinnung orientieren. .... Wirtschaftliche Konjunkturprogramme sollten grundsätzlich mit den Zielen des europäischen „Green Deals“ vereinbar sein.“



## Soziale und ökologische Infrastruktur stärken

Es bedarf stärkerer Investitionen in die soziale Infrastruktur wie die ökologische.

Die Corona-Krise hat die Schwächen des aktuellen Wirtschafts- und Finanzsystems schonungslos aufgedeckt. Gerade die zuvor als vermeintlich ineffizient abgebauten Kapazitäten des Gesundheitssystems fehlten jetzt. Dies hat zu einer zusätzlichen Verschärfung der Bedrohungslage für die Menschen geführt und ungeheure finanzielle Aufwendungen erfordert, um kurzfristig etwa Plätze für Intensiv- und Beatmungsmedizin wieder auf zu bauen.

Die reine Effizienz- und Kostenvermeidungslogik des aktuellen Systems muss durchbrochen und einer echten Reformierung unterzogen werden. Ansatzpunkt sollte die Überlegung sein, dass die Bereiche, die jetzt als „systemrelevant“ erklärt werden (Gesundheit, Pflege, Handel) diese Charakterisierung nicht nur in der Krise verdienen. Systemrelevanz muss auch nach der Krise ernst genommen werden. Auch außerhalb einer unmittelbaren Systembedrohung sind der Gesundheits- und Pflege-Sektor und im Bereich Handel ökologisch nachhaltige und sozial gerechte Strukturen und Lieferketten künftig zu stärken. Das betrifft Strukturen, Vorhalt von Kapazitäten, Stärkung der Attraktivität auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt und Verbesserung der Bezahlung. Aufwendungen hierfür dürfen nach der Krise nicht wieder als reine Kostenbelastungen diskreditiert werden.

Tätigkeitsbereiche, die in der Krise als systemrelevant erkannt werden müssen künftig besser entlohnt werden. So müssen etwa für die Altenpflege die laufenden Bemühungen um einen allgemein-verbindlichen Tarifvertrag erfolgreich zum Abschluss gebracht werden.

Zentral und systemrelevant sind zudem Investitionen in den Klimaschutz, die Energie- und Wärmewende sowie eine klima- und naturverträgliche und sozial gerecht zugängliche Mobilität (Schiene, ÖPNV, Radverkehr, alternative Antriebe u.a.). Investition in notwendige Sanierungen und Erhaltungsmaßnahmen sollten wo möglich an ökologische und Lebensqualität-fördernde Aufwertungen gekoppelt werden. Es braucht Impulse für eine umweltverträgliche und – z.B. bei den Nutzungskosten des Öffentlichen Personennahverkehrs – stärker sozial ausgestaltete Mobilität von morgen. Die lebenswerte Stadt der kurzen Wege muss wieder zum Leitbild werden. Eine sozial ausgewogene Stadtentwicklungs- und Stadterneuerungspolitik schafft ein nachhaltiges Wohnumfeld. Die energetische Gebäudesanierung bringt Vorteile für Umwelt und Klima bei gleichzeitig großen Impulsen für das Handwerk, jedoch müssen bislang zu wenig einbezogene soziale Auswirkungen (Miethöhe, Verteilung von Nutzenbringung und Kostenlast, Quartiersumentwicklung, Gentrifizierung etc.) verstärkt beachtet werden.

Dezentrale, krisenfeste und ökologisch und sozial nachhaltige Erzeugungs- und Vermarktungsstrukturen mit fairer Bezahlung müssen auch in der Landwirtschaft gestärkt werden. Und nicht zuletzt hat die aktuelle Situation gezeigt, wie wichtig eine grüne Infrastruktur und wohnnahe Naherholungsmöglichkeiten für die Menschen sind, auch sie müssen gestärkt werden.



## **Wege aus der Krise: sozial, ökologisch, solidarisch, bürger\*innennah**

Der von uns vorgeschlagene sozial-ökologische Weg in die Zukunft „nach Corona“ stärkt die gesellschaftliche Solidarität, die Umwelt und stellt die Bürger\*innen wieder in den Mittelpunkt der Politik.

Solidarität bedeutet im Moment erst einmal Existenzen zu schützen und soziale Härten zu mildern. Es wäre in der Tat skandalös gewesen, wenn Autokonzerne, die Milliardengewinne machen nun schon wieder Steuergeschenke für umweltbelastende und großvolumige SUVs bekommen würden, das Fahrradgeschäft um die Ecke oder der Handwerksbetrieb für moderne erneuerbare Strom- und Heiztechnik aber vor dem Aus steht. Als Weg aus der Krise müssen Hilfsmaßnahmen insbesondere denen zu Gute kommen, die von ihr am stärksten betroffen sind. Dies sind oft die am wenigsten Privilegierten.

Tatsächlich genügt noch nicht einmal die akute Krisenbewältigung diesem Kriterium. Es erfolgt ein an Wirtschaftssektoren orientierter Ansatz, der „Rettungsschirme“ spannt. Dabei standen jedenfalls zunächst ersichtlich Industrienähe und Unternehmensgröße im Vordergrund. Weder für den Mittelstand noch für Solo-Selbständige noch Bereiche wie Soziale Dienste oder Kunst und Kultur erscheint auch jetzt die Absicherung der Arbeitsplätze so gewährleistet wie in der Großindustrie. Soweit bisher bekannt ist, sind weder in den Vorgaben für Bürgschaften, Kredite oder andere Unterstützungen Bayerns noch im Bayern-Fonds Nachhaltigkeitskriterien genannt, sie müssen ergänzt werden. Insbesondere eine staatliche Beteiligung muss an die Erfüllung - zumindest schrittweise – von Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden.

Die Krise darf nicht dazu genutzt werden, nötige oder bereits beschlossene klima-, umwelt- oder sozialpolitische Regelungen auszusetzen, zu verschieben oder generell wieder in Frage zu stellen bzw. an ihnen einzusparen.

Für viele Bürger\*innen ist die wirtschaftliche Existenz nur unzureichend abgesichert. Das zeigt das Kurzarbeitergeld. Während die Arbeitgeberseite bei Beginn der Krise sofort von zusätzlichen Sozialabgaben vollständig entlastet wurde, gab es eine wochenlange Debatte um die Verbesserung der Höhe des Kurzarbeitergeldes für die Arbeitnehmer\*innen. Die im „Sozialpaket II“ gefundene Lösung ist unzureichend. Die leichte Anhebung der Sätze greift nur bei einer Reduktion der Arbeitszeit unter 50 Prozent und ab einer Dauer der Kurzarbeit von mehr als 7 Monate. Viele hunderttausend betroffene Familien bleiben ohne jede zusätzliche Hilfe.

Solidarität heißt auch ganz konkret: Wie können wir unseren Kindern und Enkeln eine lebenswerte Zukunft ermöglichen? Das geht nur, wenn die Basis allen Wirtschaftens, eine intakte Natur und Umwelt, gesunde Lebensmittel, sauberes Wasser, gute Luft und vor allem das Klima geschützt werden.



## **Wir brauchen innereuropäische und internationale Gerechtigkeit.**

Wir sehen mit Sorge, dass die Krise zu einer weiteren Spaltung Europas führt.

Es braucht nun ein Prinzip doppelter Solidarität in Europa dergestalt, dass EU wie Mitgliedstaaten aufgerufen sind, die Lasten der Krise nicht bei den ökonomischen Schwächsten zu belassen während Stützungsmaßnahmen vorrangig in die Wirtschaft fließen. Zum anderen sind die wirtschaftlich stärkeren Mitgliedstaaten zu größerer Hilfeleistung an die Mitglieder der EU aufzurufen, die bei teils wesentlich schwierigerer Situation bereits zuvor nun von der Krise besonders betroffen sind. Die Corona-Krise birgt sonst die reale Gefahr, dass Europa auseinanderbricht.

Wie bei der Klima- und bei der Biodiversitätskrise sind auch bei COVID-19 die Länder des Südens besonders betroffen, weil sie nicht die Gesundheits- und Versorgungsinfrastrukturen haben wie wir. Selbst im noch vergleichsweise reichen Südafrika werden schon Lebensmitteltransporter überfallen. Noch schlimmer trifft es die, die sich gerade in Flüchtlingslagern beispielsweise auf den griechischen Inseln aufhalten. Social-distancing ist ein Privileg der Reichen! Wir haben eine Verantwortung für die Menschen im „Süden“. Es braucht Solidarität über Grenzen hinweg. Deutschland hat aufgrund seiner guten wirtschaftlichen Situation die Möglichkeit, finanzielle Hilfen für die Wirtschaft und die Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Dies ist aber nicht in allen Staaten der Fall.

### **Die Zivilgesellschaft stärken**

In der akuten Krise herrschte das Primat der Exekutive.

Die aktuelle Veränderung des gesellschaftlichen Klimas zeigt, dass hier kurzfristig wieder eine Umkehr erfolgen muss. Parlamente wie Zivilgesellschaft haben ihre zum Teil bereitwillig aufgegebenen öffentlichen Funktionen wieder auf zu nehmen.

Hier liegt auch die besondere Aufgabe wie Verantwortung großer Mitgliederverbände wie Bund Naturschutz und Arbeiterwohlfahrt. Indem wir die interne Debatte und die argumentative Auseinandersetzung mit Politik, Medien und Gesellschaft über den künftigen Weg und die notwendigen Lehren aus der Krise anstoßen, stärken wir zugleich die demokratischen Strukturen.

Mit diesem Anspruch veröffentlichen wir unsere Positionen für eine sozial-ökologische Wende – jetzt!

Nürnberg, 2. Juli 2020

Richard Mergner  
Landesvorsitzender  
BUND Naturschutz in Bayern e.V.

Prof. Dr. Thomas Beyer  
Landesvorsitzender  
Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bayern e.V.